

Christen möglich werden.“ Der Kardinal rät daher zu mehr Geduld und Liebe, zumal da die heutigen Protestanten nicht für die Spaltung verantwortlich sind („La Civiltà Cattolica“, 16. 9. 61, S. 643).

#### Eine „evangelische Herder-Korrespondenz“

Wie Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Leiter der Pressestelle des Lutherischen Kirchenamtes in Hannover-Herrenhausen, mitteilt, werden am Jahresende zugunsten einer Konzentration drei bekannte lutherische Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen: die „Lutherischen Nachrichten“, die „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ und das „Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“, hier regelmäßig als „Informationsblatt“ zitiert. An ihre Stelle tritt eine neue Zeitschrift, die „Lutherischen Monatshefte“, die gemeinsam von Oberkirchenrat Paul Reinhardt und Dr. Gerhard Bittner, beide Hamburg, herausgegeben wird. Damit wird das deutsche Luthertum, das über die „kleindeutsche Lösung“ der VELKD hinausstrebt, eine gemeinsame repräsentative Zeitschrift erhalten. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, für den lutherischen Raum „eine evangelische Herder-Korrespondenz“ zu werden, die „ein Informationsorgan vom gleichen Rang“ sein soll. „Die kirchliche und theologische Struktur des deutschen Protestantismus“, so schreibt Erwin Wilkens im „Informationsblatt“ (Nr. 17/18 vom 29. 9. 61, S. 262), „macht es nach unserem Dafürhalten erforderlich, daß die Unterscheidungen, Spannungen und Spaltungen auch publizistisch zum Ausdruck kommen und in verschiedenen Zeitschriften ausgetragen werden. Ein großes allgemeines Informationsorgan für alle [Evangelischen] käme über eine Materialsammlung nicht hinaus. Eine lebendige Publizistik bedarf eines klaren Standortes. Zugegeben, daß die Herder-Korrespondenz für den katholischen Bereich und für uns alle eine beachtliche Arbeit leistet. Was wir von anderen lernen können, wollen wir für die ‚Lutherischen Monatshefte‘ fruchtbar machen.“

#### Die Kirchlichkeit des amerikanischen Protestantismus im Rückgang?

Die Wochenzeitung des französischen Protestantismus „Réforme“ (Nr. 863 vom 30. 9. 61) bringt einen alarmierenden Bericht („Hat der Niedergang begonnen?“) über ein Nachlassen der Kirchlichkeit in den protestantischen Glaubensgemeinschaften der USA, worüber zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen bereits Erhebungen anstellen. Obwohl die Zunahme der eingeschriebenen Christen in den letzten 50 Jahren sich gegenüber einer Verdoppelung der Bevölkerung verdreifacht hat, weisen die Statistiken seit 1955 einen Rückgang des kirchlichen Lebens aus. Die Zahl der evangelischen Theologiestudenten ist zwischen 1955 und 1960 um 5,3 v. H. gefallen. Nach einer Statistik der Vereinigten Lutherischen Kirche ist in diesem Zeitraum auch ein Rückgang des Kirchenbesuches zu verzeichnen, und zwar um 9,6 v. H. in New York, um 12,1 v. H. in Chicago und St. Louis, um 28,6 v. H. in St. Franzisko. Publizisten, Soziologen und Kirchenführer suchen die Ursachen dieses Rückganges zu ermitteln. Als erstes wird der moderne Lebensstil genannt und die Überflutung der Gläubigen mit Darbietungen der Massenmedien, mit denen die ausgedehnte kirchliche Verkündigung über Rundfunk und Fernsehen nicht mehr Schritt halten könne. Eine andere Ursache sei die Wande-

rungsbewegung in den Städten. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung zieht jedes Jahr um, meist infolge verbesserten Einkommens in die Außenbezirke der Stadt. Manche Gemeinden hätten auf diese Weise in zehn Jahren bis zu 90 v. H. ihrer Mitglieder gewechselt. Andere seien mit ihrer Kirche schon fünfmal umgezogen, um den Angehörigen der Pfarrei zu folgen. Eine dritte Ursache des Rückganges sei, daß eine Pfarrei als eine soziale Institution unter anderen wirkt, die wie andere verwaltet ist und sich wie andere um materielle Hilfsquellen zu ihrem Bestehen umsehen muß. Dabei wenden sich ihre Propagandisten in der Regel an den zahlungsfähigen Mittelstand und hören nicht auf die einfachen Leute.

Diese Krise wird von vielen evangelischen Denominationen so stark erfahren, daß man sich ernstlich um Abhilfen bemüht. Eine davon, erzählt der Bericht der „Réforme“ aus lutherischen Quellen, sei die Wiedererweckung eines sakramentalen Bewußtseins, so daß die Gläubigen erfahren, sie kommen nicht zu einer vereinsmäßigen Veranstaltung in die Kirche, sondern als Bettler zum Altare Gottes, um seine Gnade zu empfangen. Sodann versuchen Gemeinden, die nicht umziehen wollen und dadurch an die räumliche Grenze der armen oder gar farbigen Bevölkerung geraten, sich innerlich auf eine andere Mischung der Gläubigen umzustellen und zu missionieren, statt zahlungskräftige Mitglieder zu werben. Man erkennt, daß die amerikanische Art, gut zu leben, und das christliche Leben zweierlei sind, man entbürgerlicht sich. Hier und da geht man zur Arbeitermission über und versucht, Industriezentren zu erobern, wie etwa in Detroit. An anderen Stellen versucht man es unter den Direktiven des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA mit der Einrichtung von „Evangelischen Akademien“ nach deutschem Muster, um hier eine neue christliche Ethik zu erarbeiten, die das Berufsleben ergreift.

Alles in allem ist festzustellen, daß das Leben der sog. Denominationen in den USA nicht nur von den theologischen Anforderungen der Ökumenischen Bewegung erfaßt wird und zur Minderung der Zersplitterungen durch Schaffung von Unionen konfessionsverwandter Gemeinschaften führt, sondern daß die Aufgabe erkannt wird, aus der Vereins- oder Klubkirche zur echten missionarischen Glaubenskirche zu werden, die den Kampf mit dem modernen Leben aufnimmt. Das ist einer der Gründe, warum auch im amerikanischen Protestantismus den Soziallehren der katholischen Kirche erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird, wie man wieder seit der Veröffentlichung von *Mater et magistra* hat erfahren können (vgl. ds. Heft, S. 50).

## Aus der islamischen Welt

#### Nassers Weg zum Sozialismus

Überschattet von der Berlinkrise und daher nur wenig bemerkt, wurde im Sommer dieses Jahres in der Vereinigten Arabischen Republik ein sehr weiter und sicherlich folgenschwerer Schritt in der Verwirklichung des arabischen Sozialismus Nasserscher Konzeption gemacht. Dieser neue Schritt wurde anlässlich des neunten Jahrestages der ägyptischen Revolution am 26. Juli 1961 von Nasser feierlich proklamiert.

Die Notwendigkeit einer sozialen Reform in Ägypten — ob es einer Revolution bedurfte, mag man zu Recht bezweifeln — ergaben sich aus den ökonomischen Verhält-

nissen, wie sie um die Mitte dieses Jahrhunderts (und im wesentlichen auch heute noch) in Ägypten herrschten. Einer äußerst dünnen Schicht von Großgrundbesitzern stand die Masse einer kleinbäuerlichen Bevölkerung und eines landlosen Proletariats gegenüber (ca. 16 Millionen). Zwischen 1900 und 1950 war die Bevölkerungszahl um ca. 110% angewachsen, während sich die Kulturfläche nur um 13% und die Erntefläche um 33% vermehrte. Von den 5 Millionen Seelen der Stadtbevölkerung wurden 2,5 Millionen als städtisches Proletariat und 2 Millionen als Handwerker gezählt. Der bloße Anblick der Elendsviertel in den ägyptischen Städten lehrt, daß diese Bezeichnungen, gemessen an dem, was sie nach europäischen oder selbst levantinischen Vorstellungen besagen, eher Euphemismen sind und daß der überwiegende Teil der Stadtbevölkerung auch heute noch in unbeschreiblicher Not und Krankheit lebt.

Der rapide Zuwachs der Bevölkerung machte einschneidende Reformen notwendig, wenn der Lebensstandard (wiederum ein Wort, das hier nur ein Euphemismus sein kann) auch nur auf dem gleichen Niveau gehalten werden sollte. Die ägyptische Revolutionsregierung wollte dieser Not auf drei Wegen begegnen: Landreform, Landvermehrung, Industrialisierung. Zugleich sollte ein politisches System die soziale Gerechtigkeit garantieren.

#### *Ideologische Hintergründe*

Bei Nasser, und das gilt für die meisten jungen arabischen Politiker, kommt der revolutionäre Impetus aus einem durchaus emotionalen Bereich. Auf die bestehenden Verhältnisse, sei es der verlorene Krieg mit Israel oder die Misere des Fellachen, reagieren als erstes Gefühle wie Haß, Verzweiflung oder Mitleid, und der Wunsch „zu ändern“ kommt aus ebendiesem Bereich, wobei die faktische Machtlosigkeit durch einen übersteigerten und irrationalen Machthunger kompensiert wird. Erst an zweiter Stelle werden dann logische Gründe und Lösungen gesucht und „ideologisch“ verarbeitet. So steht bei Nasser nach seinem eigenen Bekenntnis in der Schrift, die er als eine „Philosophie der Revolution“ zu bezeichnen beliebt, am Anfang das Gefühl der Ohnmacht, Ohnmacht gegenüber den britischen Imperialisten, den verrotteten und verkommenen herrschenden Schichten, gegenüber Israel und gegenüber dem Elend der ägyptischen Fellachen und des Stadtproletariats. Erst sekundär werden tatsächliche oder auch nur scheinbare Zusammenhänge und Kausalitäten erkannt: Die Ohnmacht ist in den ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnissen begründet. Soll Ägypten, später die arabische Nation, mächtig werden, dann müssen diese Verhältnisse korrigiert werden. Die herrschende Schicht muß entmachtet, die Klassengegensätze müssen aufgehoben, das Volk muß mehr oder minder klassenlos brüderlich vereint werden, also: soziale Revolution. Diese wird empirisch, genauer wohl dilettantisch, durchgeführt. Man versucht dieses und jenes. Am Anfang steht die Landreform, die in gleichem Maße dazu dienen soll, die herrschenden Schichten zu entmachten, wie den landlosen Fellachen zu Land zu verhelfen. Ideologische Programme werden im Sinne des Wortes zusammengestellt: ein wenig Hitler und Mussolini, ein wenig Marx oder Stalin oder Mao Tse-tung, ein Schuß muslimischer Romantik. Der Vorteil der Methode ist, daß das System durchaus anpassungsfähig bleibt, weil, so scheint es jedenfalls, die innere Konsequenz eines Systems nie ganz begriffen wird.

Mittelbar stand Nasser sehr stark unter dem Eindruck des israelischen Vorbildes. Tatsächlich wurde in Israel sehr viel von dem realisiert, was Nasser sich für Ägypten wünscht: Es gibt so etwas wie eine israelische Nation, die sozialen Fragen sind im wesentlichen gelöst, der technische und zivilisatorische Standard entspricht westeuropäischen Verhältnissen, die militärische Macht ist unbestritten usw. Was Nasser und auch die meisten anderen arabischen Politiker wohl nie begriffen haben, ist, daß es hierzu mehr als nur technischer Voraussetzungen bedurfte. In jüngster Zeit haben wohl auch Tito und Nehru auf Nasser eingewirkt, wenn auch mit zweifelhaftem Erfolg, denn Nasser ist kaum in der Lage, sich mit Titos Ideen positiv auseinanderzusetzen — er kann auch hier nur empirisch nachzuahmen versuchen — und die Ideen Ghandis müssen ihm selbst in den Variationen Nehrus fremd bleiben, wenn auch der indische Sozialismus für ihn verständlicher sein dürfte als die marxistische Dialektik.

#### *Die Praxis*

Die Bodenreform wurde sehr bald nach der Revolution in Angriff genommen. Der zulässige Landbesitz wurde auf 84 ha beschränkt und der enteignete Boden an landlose Bauern verteilt. Dabei wurden in den ersten fünf Jahren ca. 10% des bebauten Bodens neu verteilt und 250 000 Familien zu Landbesitz oder Landnutzung verholfen, zugleich auch die wirtschaftliche Lage der Fellachen erheblich verbessert. (So Werner Pank: *Der Hunger in der Welt*, Freiburg i. Br. 1959, S. 142. — Erheblich niedrigere Zahlen zitierte J. Kimche in „L'Observateur du Moyen Orient“ [V, Nr. 31, S. 11], nach M. Diab in „Beirut Middle East Forum“ [Juni 1961]. Nach Diab ist die Bodenreform fast ergebnislos geblieben, da bisher nur 150 000 ha von 3 Millionen an 110 000 Familien verteilt wurden. Zweifellos muß man Statistiken, die aus dem Vorderen Orient stammen, mit größter Vorsicht behandeln.) Daß die Agrarfrage mit der bloßen Landverteilung nicht gelöst war, zeigte sich sehr bald, denn die zur Ansiedlung notwendigen Investitionen mußten von den Neubauern in Form von Darlehen aufgenommen werden, so daß es trotz der gesenkten Pachten vielerorts zu einer neuen Art der Zinsabhängigkeit der Bauern kam.

Zu einem sozialistischen Experiment kam es mit der Gründung der sog. Befreiungsprovinz „al Tahrir“ in der westlichen Wüste, in der man sozialistische Reformen zu verwirklichen suchte oder das, was immer als ideale Gesellschaftsform vorschwebte. Die Neusiedler wurden unter 24- bis 30jährigen Soldaten ausgewählt, ein halbes Jahr lang in einer bestimmten spezialisierten Tätigkeit ausgebildet und sollten dann fünf Jahre als Tagelöhner arbeiten, um danach ein Grundstück von 5 Feddan als Privateigentum zu erhalten. Dieses private Eigentum sollte jedoch auch weiterhin gemeinschaftlich bestellt werden. Die Frauen werden in der gleichen Weise wie die Männer beschäftigt, die Kinder in Horten untergebracht. Auch die revolutionäre Indoktrination, die man nach Form und Inhalt am ehesten mit der NS-Schulung vergleichen könnte, spielte eine gewisse Rolle im Gemeinschaftsleben der Befreiungsprovinz. Die technischen Vorbilder waren zweifellos der russische Sowchos auf der einen und das israelische Bauernkooperativ (Moschaw Owdim; vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 388) auf der anderen Seite. In der Praxis ist das Projekt daran gescheitert, daß seine Durchführung von der mit dem Bau des Assuanstaudammes verbundenen Landgewinnung abhing. Das Projekt

hätte bestenfalls die Keimzelle für eine spätere kooperative Entwicklung sein können. Die Planer drängten jedoch, so scheint es jedenfalls, auf eine sehr viel großzügigere Verwirklichung des Projektes — es sollte das Schaufenster des revolutionären Ägyptens werden — und schufen eine großzügige Infrastruktur, ohne daß nutzbares Land zur Verfügung stand. Inzwischen werden Schulen und Straßen wieder vom Wüstensand verweht, und von der Befreiungsprovinz wird nicht mehr viel gesprochen, obgleich dort zeitweise bis zu 20 000 Menschen gelebt haben müssen und der Assuanstaudamm bereits im Bau ist. Vielleicht wurde sogar in Ägypten eingesehen, daß die Befreiungsprovinz eine Fehlinvestition war.

Eine großzügige Bodenreform wurde auch in der syrischen Provinz der VAR durchgeführt. Wieweit die genossenschaftlichen Experimente in Syrien gelungen sind, ist heute noch nicht festzustellen. Nach den Reformprogrammen soll der Staat Eigentümer des Bodens bleiben und die Bauern in Genossenschaften zusammengefaßt werden.

Eine fast radikale Nationalisierung wurde auf Kosten des ausländischen Kapitals in Ägypten durchgeführt. Die Nationalisierung des Suezkanals war der Anfang, und jede weitere außenpolitische Differenz gab der ägyptischen Regierung willkommenen Anlaß, ausländische Firmen oder Beteiligungen zu kassieren. Wie billig derartige Anlässe sein können, zeigt die Sequestrierung und Nationalisierung belgischen Eigentums in Ägypten. Hier genügte bereits der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Kongorepublik und Ägypten (Dezember 1960), um „als Strafe“ eine Reihe belgischer Gesellschaften zu beschlagnahmen. Aber auch die großen ägyptischen Banken und eine Reihe von Handelsgesellschaften wurden im Laufe der Jahre in Staatseigentum übergeführt. Alle diese Maßnahmen Nassers reichten bisher nicht aus, um die wirtschaftlichen Probleme Ägyptens zu lösen. Die Nationalisierung ausländischen Kapitals konnte die Industrialisierung vielleicht erleichtern, aber nicht ersetzen. Die großzügige Wirtschaftshilfe des Ostblocks und auch der westlichen Staaten wurde in der Wirkung durch den Aufwand eines übergroßen Militärhaushaltes wieder aufgehoben. Aber auch die Rechnung, die den Militärhaushalt (uneingestanden) rechtfertigen könnte, ging nicht auf. Der Plan eines großarabischen Reiches unter ägyptischer Hegemonie, dem die ägyptische Armee nicht weniger als dem Krieg oder der Verteidigung gegen Israel dienen sollte, war nicht zuletzt mit dem Hintergedanken verbunden, daß eine großzügige Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen in diesem Reiche auch den ägyptischen Bedürfnissen entgegenkommen würde. Dieser Plan konnte nicht realisiert werden. In Ägypten hatte man allerdings noch vor zwei Jahren von den saudiarabischen Ölfeldern geträumt, die in einem großarabischen Reich den ägyptischen Kapitalhunger stillen könnten. Nach dem Bruch zwischen der VAR und dem Irak zeigte sich bereits, daß der ägyptische Führungsanspruch im Vorderen Orient in absehbarer Zeit nicht durchzusetzen war.

Auch der jüngste Schritt auf dem Weg zum arabischen Sozialismus ist unter diesem Gesichtspunkt zu sehen: Nachdem es sich zeigte, daß die inneren Probleme Ägyptens vorerst außenpolitisch nicht gelöst werden können, entschied sich Nasser zu einem neuen und gewagten Versuch, sie durch eine beschleunigte Sozialisierung zu lösen. Damit soll aber zweifellos auch der noch immer bestehende Widerstand der bürgerlichen Schichten gebrochen und die Unzufriedenheit der immer noch auf einen etwas

größeren Brotfladen wartenden Arbeiter und Bauern beseitigt werden. Ob es aber Nasser wirklich gelingt, die Industrialisierung durch Ausschaltung des nicht mehr zu Investitionen aufgelegten Bürgertums zu beschleunigen, muß erst die Zeit zeigen.

In der Folge wurden in diesem Jahre von Nasser weitreichende Sozialisierungsmaßnahmen dekretiert und zum Teil auch schon durchgeführt, die etwa 70 % der privaten Wirtschaft in den Besitz oder die unmittelbare Kontrolle des Staates bringen werden. Im offiziellen Sprachgebrauch werden diese Maßnahmen „Reformen zur Schaffung einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft“ genannt.

#### *Die jüngsten Reformen*

Der zulässige Landbesitz wurde durch Dekret noch einmal auf die Hälfte (40 ha) herabgesetzt. Zugleich wurden auch die Schulden der Bauern, die bei der Übernahme des neuverteilten Bodens eingegangen worden waren, halbiert. Der Baumwollhandel und -export ist fast vollständig nationalisiert worden, desgleichen der gesamte Einfuhrhandel. Die 3700 Firmen, die bisher zum Importhandel zugelassen waren, dürfen sich zwar, soweit sie nicht durch weitere Dekrete nationalisiert worden sind, weiter im Großhandel betätigen, doch dürfte der Verlust der Importprovisionen für die meisten das Geschäft unrentabel machen. In den wichtigsten Welthandelszentren sollen nun staatliche Einkaufsbüros errichtet werden, die schließlich zusammen mit den staatlichen Importfirmen den gesamten Einfuhrhandel übernehmen („Neue Zürcher Zeitung“, 16. 7. 61). Begründet wurde diese Maßnahme mit der willkürlichen Festsetzung der Handelsspannen und dem illegalen Handel mit Importlizenzen. Die Tendenz dieser Maßnahmen geht wohl dahin, die Zwischengewinne ganz auszuschalten und so die Preise für importierte Güter zu senken oder eben die Gewinne dem Staat zukommen zu lassen. Einen gewissen Erfolg zeigte dieses Verfahren bei den Preisen für Medikamente, die um 25 % gesenkt werden konnten. (Diese Preise sind allerdings im ganzen Orient stark überhöht gewesen, und im Libanon konnte der gleiche Erfolg auch ohne Verstaatlichung des Importes erzielt werden.)

Die jüngsten Nationalisierungsmaßnahmen umfassen drei Kategorien: 1. Alle Banken, Versicherungen, Verkehrsmittel und andere wichtige Betriebe wurden ganz in den Staatsbesitz übernommen. Hiervon wurden bis jetzt 259 Gesellschaften betroffen. 2. Eine größere Anzahl von Industrieunternehmen (so z. B. ein großer Teil der Textilindustrie) mußte dem Staat eine Teilhaberschaft in Höhe von 50 % und die Kontrolle der Geschäftsführung durch staatliche Beamte einräumen. Hiervon wurden bis jetzt 91 Gesellschaften betroffen. 3. Bei bestimmten Aktiengesellschaften dürfen Privatpersonen nicht mehr als 10 000 Äg. Pfund an Aktien besitzen („New York Times“, 10. 8. 61).

Die enteigneten Personen sollen durch Staatsanleihen entschädigt werden, die in 15 Jahren rückzahlbar sind und mit 4 % verzinst werden. Zugleich wurde ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Leitung der Fabriken, eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Höhe von 25 % und die Herabsetzung der Arbeitszeit von täglich 8 auf 7 Stunden bestimmt. Letzteres war, wie es scheint, ein besonderes Geschenk Nassers anläßlich des Jahrestages der Revolution.

Die Proklamation der 42-Stunden-Woche führte (nach „L'Orient“, 29. 7. 61) in einigen Fabriken, wo die Arbeiter das Versprechen Nassers ernst nahmen, zu Tumulten

und dann zu Enttäuschung, als sich herausstellte, daß die 42-Stunden-Woche vorerst eben nur versprochen war. In den mittelständischen Betrieben dürfte heute selbst der Achtstundentag eher Wunsch als Wirklichkeit sein. Wenn Nasser die Einführung des Siebenstundentages damit kommentierte, daß die Fabriken eben mehr Arbeiter einstellen müssen, dann muß er im gleichen Moment schon vergessen haben, daß dieselben Arbeiter mit 25% am Gewinn und nicht am Verlust der Unternehmen beteiligt werden sollen.

Die verstaatlichten Unternehmen sollen in sechs Wirtschaftsorganisationen zusammengefaßt werden, von denen drei bereits bestehen und drei noch in Bildung begriffen sind. Die letzteren sind die „Genossenschaftlichen Zentralverbände für Konsum, Produktion und Landwirtschaft“, die in der Wirtschaft den Grundsatz der Kooperation verwirklichen sollen. Die drei bestehenden großen Staatskonzerne sind die *Economic Development Organization* (EDO), die einen großen Teil der Banken, Versicherungsgesellschaften, Schiffs- und Industriegesellschaften kontrolliert, die Organisation *Misr*, die die verstaatlichte Misr-Bank mit ihren Beteiligungen in der Textilindustrie sowie verschiedene Transportbetriebe und Handelsgesellschaften umfaßt, und die *Nasr*, die aus der „Organisation des Fünfjahresplanes“ hervorgegangen ist. Die drei Wirtschaftsorganisationen arbeiten getrennt und stehen im gegenseitigen Wettbewerb. Sie werden jedoch durch einen „Hohen Rat der öffentlichen Institutionen mit wirtschaftlichem Charakter“ koordiniert. Dennoch überschneiden sich die Interessen in zahlreichen Sektoren. So verfügen z. B. alle drei Organisationen über Beteiligungen in der Textilindustrie („Neue Zürcher Zeitung“, 14. 6. 61).

Wie sich Nassers kooperativer Sozialismus in der Wirklichkeit ausnehmen wird, kann heute noch nicht abgesehen werden. Das System der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und vor allem der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe wird sich erst noch zu bewähren haben, und niemand kann heute schon sagen, wie sich das Genossenschaftswesen z. B. auf dem Lande entwickeln wird.

#### *Der arabische Sozialismus*

Nassers Rede anlässlich des Unabhängigkeitstages enthielt so etwas wie eine ideologische Definition dessen, was Nasser den „arabischen Sozialismus“ nannte. Demokratie könnte, so sagte Nasser — man kann das schon in der „Philosophie der Revolution“ nachlesen —, ohne soziale Gerechtigkeit nicht bestehen. Wären die Offiziere nach der Revolution wieder in ihre Kasernen zurückgekehrt, dann hätten die Feudalherren und kapitalistischen Ausbeuter auch weiterhin die Geschicke des Landes bestimmt. „Wir haben die Kapitalisten nicht bestrafen wollen, sonst hätten wir ihnen nicht als Entschädigung Schuldscheine mit einer 4%igen Verzinsung gegeben.“ Die Verstaatlichung sei auch nicht gegen alle Kapitalisten gerichtet, sondern nur gegen diejenigen, die von der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer lebten. (Diese Definition ist in der Tat bemerkenswert.) In seiner Rede legte Nasser großes Gewicht auf eine Absetzung seines Sozialismus vom Marxismus-Leninismus und betonte den islamischen Charakter und Ursprung seines Systems: „Der Islam war am Anfang sozialistisch. Der Staat, der durch den Propheten Mohammed gegründet wurde, war der erste sozialistische Staat der Welt. Das Wasser und das Salz, die Weide und das Feuer waren Gemeingut. Die Kalifen Omar und Abu

Bakr nahmen von den Reichen und gaben den Armen; unter Omar wurde der Landbesitz verstaatlicht und unter die armen Bauern verteilt... Damals gab es kein Elend und keine Armen; es herrschte vollkommener Frieden in der Gesellschaft.“

Der Sozialismus in Ägypten wurde dann von Nasser mit einer StraÙe ohne Ende verglichen: „Man hat mich gefragt, warum wir nicht irgendwo eine klare Grenze ziehen, um unseren Sozialismus zu definieren. Das ist aber unmöglich. Wir wollen die Prosperität aller Gesellschaftsklassen. Heute mögen sich die Arbeiter mit ihren 25% zufriedengeben, in zwei oder drei Jahren werden sie vielleicht ein Haus verlangen, in 15 Jahren werden sie auch ein Auto und einen Kühlschrank haben wollen“ (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung“, 30. 7. 61).

Eine Analyse dieser Rede und dieses Programms erübrigt sich. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß das, was Nasser über den frühen Islam sagt, objektiv falsch ist und daß er entweder ein Phantast oder ein Ignorant sein muß, wenn er das wirklich meinte. Wieweit Nasser hier seinen Sozialismus muslimisch färben will, um den wohl immer noch aktiven muslimischen Reformern wie der Muslimischen Bruderschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist in einem Lande, in dem die Nachrichten vom Propagandaministerium gemacht werden, nicht auszumachen, denn offiziell gibt es diese Bruderschaft nicht mehr. Immerhin wendete sich Nasser gleich zu Beginn seiner Rede gegen die „religiösen Fanatiker“, und das könnte ein Hinweis sein. Aber Nasser ist auch viel zu sehr arabischer Nationalist, als daß er nicht einen eigenen „arabischen“ Sozialismus brauchte, und hier sind Überraschungen nicht ausgeschlossen. Zugleich erteilt Nasser den Kommunisten eine Absage. Dies heute schon als eine Niederlage der Kommunisten anzusehen wäre allerdings verfrüht, denn dort, wo Nassers arabischer Sozialismus seine zwangsläufigen Niederlagen erleidet, werden die Kommunisten ihre Chance nutzen und im übrigen die ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr allzusehr verändern müssen.

#### *Der Abfall Syriens*

Der schwerste Schlag, den die Politik Nassers im Vorderen Orient erleiden mußte, war der Abfall Syriens und die Auflösung der Union mit Ägypten. Die Hintergründe des syrischen Staatsstreiches sind heute noch völlig undurchsichtig. Soviel ist jedoch gewiß: Die Union der beiden Staaten trug für Syrien nicht die erwarteten Früchte, ganz einfach deshalb, weil die Syrer von der Union etwas erwarteten, was diese nicht zu geben vermochte, nämlich politische Sicherheit und Stabilität und die Erhaltung oder gar Verbesserung der im großen und ganzen befriedigenden wirtschaftlichen Situation.

Die fortschreitende Entmachtung aller politischen Gruppen in Syrien hatte die politische Unrast und Unzufriedenheit, die geradezu zum Charakterbild des syrischen Arabers gehören, nur gesteigert. Die sozialistischen Reformen drohten schließlich den wirtschaftlichen Vorteil, den Syrien vor der ägyptischen Provinz hatte, zu nivellieren, und die bevorstehende Vereinheitlichung der beiden Währungen, die das Syrische Pfund auf dem freien Devisenmarkt zeitweise um 30% seines Wertes verlieren ließ, ließen auch den einfachen Mann, der durch die Nähe des Libanons über Vergleichsmöglichkeiten verfügt, erkennen, daß die Union nicht nur nichts eingebracht hatte, sondern daß die Syrer nun dafür zu bezahlen hatten.

Schon in den ersten Tagen nach dem Abfall verkündete die neue syrische Regierung die Aufhebung der Wirtschaftsreformen. Zugleich sollten aber die Agrarreformen beibehalten werden und nur in Härtefällen rückgängig gemacht werden. Wenn es auch unwahrscheinlich ist, daß allein die wirtschaftliche Situation in Syrien und die Un-

zufriedenheit über die Reformen zum Abfall Syriens führten, so zeigt doch dieser Schritt recht eindeutig, wie unpopulär diese Reformen gewesen sein müssen. Denn wäre nur das davon betroffene Bürgertum an ihrer Aufhebung interessiert gewesen, dann hätte sich die neue Regierung damit Zeit gelassen.

## Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

### Was erwarten Sie vom Konzil?

Die Zeitschrift „Wort und Wahrheit“ veröffentlichte in ihrem neuesten Heft (Oktober 1961) die Antworten von 81 Katholiken aus dem deutschen Sprachgebiet auf die Frage: „Was erwarten Sie vom Konzil?“, die sie einem etwa doppelt so großen Personenkreis vorgelegt hatte. Die Schriftleitung konnte sich bei der Veranstaltung einer so heiklen Umfrage auf die Anregung des Wiener Erzbischofs berufen, der die katholische Publizistik ermuntert hat, sie möge nicht zögern, wenn sie etwas über das Konzil zu sagen habe. Daraus durfte die Ermächtigung hergeleitet werden, nicht nur die eigene Meinung zu sagen, was „Wort und Wahrheit“ in der Form einer umfangreichen Gemeinschaftsarbeit der Herausgeber (15. Jhg., S. 245 ff., 325 ff. und 405 ff.) bereits getan hat, sondern auch die Meinung anderer zu Wort kommen zu lassen. Die Schriftleitung hat es aber nicht dem Zufall anheimgestellt, wer sich zu Wort melden würde. Sie hat sich auch nicht des sozialstatistischen Schlüssels bedient, mit dessen Hilfe die Meinungsforschungsinstitute den sogenannten „repräsentativen Durchschnitt“ oder die Meinung des Herrn Jedermann zu erkunden pflegen. Beides wäre der Sache nicht angemessen und wenig nützlich gewesen. Denn in Fragen wie dieser kommt es ja nicht auf die Zahl, sondern auf das Gewicht der Stimmen an. Deshalb ist es auch zu begrüßen, daß die Teilnehmer ihre Meinung mit ihrem Namen bekräftigt haben. Aus der Liste der Namen ist zu ersehen, daß gleichwohl ein repräsentativer Durchschnitt seine Ansichten geäußert hat, nur eben ein qualifizierter.

Es ist der Beachtung würdig, in welchem Ausmaß gläubige Menschen von so verschiedenem persönlichem Profil und so unterschiedlichen Verantwortungsbereichen, die aber in dieser Sache durch ihre hohe Meinung von der Bedeutung des kommenden Konzils geeint sind, in der Beurteilung der geschichtlichen Stunde und ihres Anspruchs an die Kirche übereinstimmen. Weniger sind sie darin einig, welche konkreten Maßnahmen zur Antwort auf diesen Anspruch vom Konzil zu wünschen und zu hoffen seien, wonach sie ebenfalls gefragt worden waren. Manche Vorschläge kommen unerwartet, um nicht zu sagen ungelegen. Aber das ist ja wohl auch nicht der Sinn öffentlicher Meinung und der Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit einer Gesellschaft, die sich der Freiheit rühmt, daß nur gesagt werden dürfte, was gelegen kommt.

Der Bericht in dieser Zeitschrift hat seinen Grund zunächst in der Achtung vor den Persönlichkeiten, die an der Rundfrage teilgenommen haben. Gemessen an ihrem gesellschaftlichen Ansehen, ihrer Stellung im öffentlichen Leben, ihrem Bekenntnis zu Glauben und Kirche, ihrer Bildung und geistigen Leistung repräsentieren sie, jeder in seiner Art, eine Elite der Katholiken des deutschen Raumes. Deshalb kann ihr Wort Beachtung erwarten, um so mehr, als

sie in ihrer beträchtlichen Zahl wahrscheinlich für sehr viele andere gesprochen haben. Zweitens scheint es zur Aufgabe der Berichterstattung über die Vorbereitungen für das Konzil zu gehören, Übersichten zu erarbeiten, die die Mannigfaltigkeit der beachtenswerten Tatsachen und Gedanken zu sichten und zu ordnen versuchen, so daß deutlicher hervortritt, was als das Wesentliche der religiösen und kirchlichen Anliegen und Probleme empfunden wird. Das Stichwortverzeichnis der vorliegenden Umfrage mit seinem Umfang von sechs Druckseiten gibt ein Bild von der Vielfalt des Materials. Darunter sind sicherlich viele Gedanken, die das Konzil nicht unmittelbar beschäftigen werden, manche wohl auch, die seitens der Verantwortlichen als indiskutabel angesehen werden dürften. Das heißt aber nicht, daß sie eigentlich gar nicht hätten geäußert werden sollen. Im Gegenteil. Sie dienen den Verantwortlichen zur Information darüber, wie der *sensus fidelium* in Wirklichkeit beschaffen ist. Und das ist es doch, was man zuallerst und ohne Illusionen wissen muß, wenn man sich über die Aufgaben der kirchlichen Leitung der Gläubigen in einer radikal gewandelten Welt Rechenschaft gibt. Will man ihnen erstlich Rechnung tragen, dann ist es notwendig, die nicht konformistischen Meinungen erst recht im Auge zu behalten; denn das Konzil will ja überzeugen und nicht etwa gleichschalten.

### *Die Glaubwürdigkeit der Kirche und des Konzils*

Zu den Ergebnissen der radikalen Veränderung unserer Welt gehört die Tatsache, daß die Glaubwürdigkeit und Bedeutsamkeit des Wortes der Kirche, auch wenn es von höchster Ebene gesprochen wird, gewisse Bedingungen vorfindet. Das „Defizit unmittelbarer Anteilnahme weiterer Kreise“ (569) an dem bevorstehenden Konzil, das besonders durch französische Erkundungen festgestellt worden ist, wirft die Frage auf, ob es nur daran liegt, daß diese Teilnahme noch nicht genügend wachgerufen wurde, oder ob sich darin das resignierende Empfinden ankündigt: „Es wird sich ja doch nichts ändern!“ (666). Vor allen sachlichen Schwierigkeiten, die das Konzil zu bewältigen haben wird, muß es einen „Abstand des Mißtrauens“ (586) überwinden, an dessen andern Ende die Gesamtheit der nichtkatholischen Christen versammelt ist, aber keineswegs nur sie. Um dieses Mißtrauens willen, das ja auf seine Weise auch das latente Vorhandensein gewisser Erwartungen bezeugt, muß man „die große Enttäuschung fürchten, die die Christenheit befehle, wenn das Konzil nichts Entscheidendes leistete“ (627). Entweder gelingt ihm ein „Durchbruch, der es der Kirche ermöglicht, ihre Präsenz in der heutigen Welt und ihre geistliche Solidarität mit ihr überzeugend zur Darstellung zu bringen, also die alte Wahrheit von der Kirche als dem ‚Zeichen, aufgerichtet unter den Völkern‘, so für die Gegenwart zu